

## Pressemitteilung

### CFS-Umfrage zur Notwendigkeit eines „digitalen Euro“

## Deutsche Finanzbranche hält digitalen Euro für wünschenswert – Risiken für das Bankensystem müssen vermieden werden

FRANKFURT, 24. August 2023

### Hintergrund:

Die Einführung eines digitalen Euro nimmt konkrete Formen an. Er könnte bereits in 3 bis 4 Jahren als „digitales Bargeld“ eingeführt werden. Eine Umfrage unter Fach- und Führungskräften in der Finanzindustrie zeigt, dass die meisten Befragten (45,9%) die Einführung eines digitalen Euro für wünschenswert, aber nicht unbedingt erforderlich halten. Mehr als jeder achte Panelteilnehmer hält einen digitalen Euro sogar für zwingend notwendig (14,1%). Andererseits halten mehr als ein Viertel der Befragten (26,4%) einen digitalen Euro für nicht nötig, weil die bestehenden Zahlungsmöglichkeiten ausreichen würden. 12,5% der Teilnehmer\*innen lehnen den digitalen Euro sogar ab. Außerdem sind zwei Drittel der Panelisten der Auffassung, dass die Wirtschaft in der Eurozone nicht geschwächt werden würde, falls ein digitaler Euro nicht eingeführt würde. Dagegen sehen etwa 26% der Umfrageteilnehmer\*innen durchaus die Gefahr einer wirtschaftlichen Schwächung der Eurozone, wenn der digitale Euro nicht kommen sollte.

„Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die EZB die Vorteile eines digitalen Euro noch deutlicher herausstellen sollte. Denn bislang ist ein erheblicher Teil des Marktes noch verunsichert“, erläutert Prof. Dr. Volker Brühl vom Center for Financial Studies. Eine klare Mehrheit der Befragten (53,3%) ist der Meinung, dass ein digitaler Euro nur über Kreditinstitute ausgegeben werden sollte. Lediglich 27,8% sprechen sich dafür aus, dass ein digitaler Euro direkt über die EZB ausgegeben werden sollte. Ein bemerkenswert hoher Anteil von 18,9% hat zu dieser Frage noch keine Meinung.

„Der digitale Euro darf auf keinen Fall dazu führen, dass die Stabilität unseres zweistufigen Bankensystems geschwächt wird. Daher sollte den Kreditinstituten eine zentrale Rolle bei der Ausgabe des digitalen Euro zukommen“, kommentiert Brühl weiter.

In diesem Zusammenhang wird häufig die Frage diskutiert, ob die Einführung eines digitalen Euro das Risiko eines Bank Run erhöhen würde. Die Umfrage zeigt hier ein uneinheitliches Bild unter den Finanzexperten. 48,6% der Panelteilnehmer\*innen sehen ein erhöhtes Risiko, während 42,9% ein erhöhtes Risiko nicht sehen. „Mit der Einführung einer von Zentralbanken ausgegebenen, digitalen Währung wagen sich die

## Pressemitteilung

Notenbanken auf Neuland. Das gilt auch für die EZB und den digitalen Euro. Insofern kann das gemischte Meinungsbild nicht verwundern. Die EZB tut gut daran, besonnen vorzugehen, um die Chancen der Digitalisierung des Euro zu nutzen und die Risiken im Griff zu behalten. Keinesfalls sollte die Eurozone das Feld anderen überlassen“, kommentiert Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Große Einigkeit unter den Befragten besteht bei der Frage, ob der digitale Euro das Bargeld perspektivisch ersetzen sollte. Für die Beibehaltung von Bargeld sprechen sich knapp 95% der Befragten aus. „Es spricht viel dafür, die Koppelung dieser beiden Diskussionsstränge zu vermeiden, um Ängste zu mindern“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

**Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.**

**Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:**

Professor Dr. Volker Brühl  
069/798 30050  
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.